

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.  
Erscheint seit dem Jahre 1841.

## Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonntage, abends 7 Uhr in den folgenden Zeitungen: ...

Abonnementpreise: Für die gewöhnliche Kopypresse über dem Raum ...

für die Amtshauptmannschaft Weitzten, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 158 Sonnabend den 12. Juli 1919 78. Jahrg.

### Amtlicher Teil.

Auf Blatt 124 des Handelsregisters des hiesigen Gerichts ist heute die Firma „Gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung für Wilsdruff“ mit dem Sitz in Wilsdruff und weiter folgendes eingetragen worden: Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Verwaltung von Häusern zum Vermieten oder zum Verkauf. ...

**Freibank Wilsdruff.**  
Sonnabend den 12. Juli 1919 vormittags 8 bis mittags 12 Uhr Rindfleisch im rohen Zustande. Preis 2 Mark das Pfund. Es werden die gelben Lebensmittelkarten Nummern 691-1416 beliefert. ...

# Neue Handelsbeziehungen mit Italien.

**Kleine Zeitung für eilige Leser.**  
• Von ausländischer Seite wird die Nachricht von der Ernennung des Grafen Brockdorff-Rangau zum Vizekanzler in Wien demontiert.  
• Gemäß Beschluß der Entente werden mit Einstellung der Blockade auch sämtliche schwarzen Listen aufgehoben.  
• England wird als erste Ententemacht den Friedensvertrag ratifizieren.  
• Die Ententegegner gegen die deutschen U-Boots- und Bepollintkommandos sollen im August in London beginnen.  
• Die Reichsregierung erucht um Entsendung polnischer Vertreter nach Berlin zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages.  
• In Plymouth meuterte eine große Anzahl australischer Truppen.  
• Auf die energischen Proteste hin hat die Entente jetzt die Schiffebewegungen zum Abtransport der Deutschen aus Algäa und dem Vatikan genehmigt.  
• In Serbien sind schwere innere Unruhen ausgebrochen, die bereits zu Kämpfen führten.  
• Der Stichtag für die große Vermögensabgabe wird der 31. Dezember sein.

Seine Überzeugung eintrat, konnte sein Ansehen bei allen Parteien nur erhöhen. Um so lebhafter wurde er indessen von denjenigen Kreisen und Erwerbsständen angegriffen, die seine Wirtschaftspolitik aus schwerwiegenden sachlichen Gründen als verhängnisvoll ansehen mußten. Für sie war es eine ausgemachte Sache, daß die „gebundene Planwirtschaft“ nichts anderes bedeutete als die wohlbekannte Zwangswirtschaft der Kriegsjahre, die eben nur unter einem neuen wohlklingenderen Namen fortgesetzt werden sollte, obwohl wir nichts dringlicher brauchten als die Wiederherstellung der Freiheit unseres Wirtschaftslebens. Kaufleute und Fabrikanten legten tatsächlich Himmel und Hölle in Bewegung, um jetzt wenigstens, im Angesicht des Friedensschlusses, die Fesseln zu sprengen, die nur für sie geschmiedet werden sollten. Das Verwunderliche ist nur, daß ihnen das gerade jetzt gelingen soll, nachdem die Demokraten, ihre eigentlichen Gefinnungsgenossen und Vorkämpfer auf diesem Gebiet, aus der Regierung ausgeschlossen sind, während das Zentrum, das in ihr verblieben ist, den Absichten des Reichswirtschaftsamtens von jeder ungleich mehr Bereitwilligkeit zum Mitgehen entgegenbrachte. Sollte Herr Bissell etwa gegoffert werden, um für den Wiedereintritt der Demokraten in den Reichs- und Regierungsbund den Weg frei zu machen? Wird gegen ein solches Kompromißverbot die Arbeiterchaft nicht heftig aufbegehren, die doch von der sogenannten Freiheit des Wirtschaftslebens ganz andere Vorstellungen hat als die Kreise um Dornburg und Schäffer? In der Tat melden sich auch bereits von links her empörte Stimmen, die von einem — Ruhehandel dieser Art, wie man sich früher ziemlich respektlos auszudrücken pflegte, ganz und gar nichts wissen wollen; die von einem Rotau vor dem Konfliktismus sprechen, den man unter gar keinen Umständen mitmachen werde und vor sehr deutlichen Drohungen nicht zurückweichen, auf die Gefahr hin, damit die eigenen Parteigenossen in der Regierung in schwerste Angelegenheiten zu bringen. Das Regiment ist nun einmal ein recht verwickeltes Geschäft. Jetzt sucht man nach der mittleren Linie, nach dem berühmten Ausweg, von dem man früher immer sagte: der Hür solle gewaschen, aber sein Hals dabei nicht nag gemacht werden. Doch auch zu dieser Kunst gehört Übung und immer wieder Übung. Werden die jetzt Regierenden Zeit genug haben, sie zu erwerben?

**Regierungsstruppen in Sarmen.**  
Regierungsstruppen sind in Stärke von 200 Mann anlässlich der Unruhen und Plünderungen in Sarmen eingedrückt. Die sozialdemokratischen Parteien lehnen die Verantwortung für die Geschehnisse ab und ermahnen dringend zur Ruhe. Die Soldaten sollen zur Verhinderung des Sicherheitsdienstes verwendet werden. Ein Menschenhaufen versuchte das Gerichtsgefängnis zu stürmen, um verhaftete Plünderer zu befreien. Ein starkes Polizeieingebot schlug mit blanker Waffe den Aufruhr ab. Es gab eine Anzahl Verletzte, Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.  
**Böbelausfahrungen in Hannover.**  
In Hannover hatten die Ausschreitungen an General von Hüllen wurde von einem Böbelhaufen derart bedrängt, daß er in ein Haus flüchten und von Soldaten mit der Waffe befreit werden mußte. Bei den verschiedenen Schießereien wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen fünf Tote und sieben Verwundete. Der kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterschaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt.

**Ministerkrise.**  
Das Schicksal des Reichswirtschaftsministers Bissell scheint noch nicht besiegelt zu sein. Das Reichskabinett ist mit seiner gebundenen Planwirtschaft völlig allein lieh, als er versuchte, seine Zustimmung zu diesem Zukunftsprogramm zu erlangen, wird nicht bestritten, aber ob dieser Fallbehang einen abermaligen Wechsel an der Spitze des Amtes notwendig machen werde, soll noch nicht entschieden sein. Bald heißt es, Bissells Ministerkollegen mit dem Reichspräsidenten hätten sich darüber noch nicht schlüssig gemacht, bald wieder, die Fraktion der Wehrheitssozialisten müsse sich vorbehalten, das letzte Wort in der Angelegenheit zu sprechen, ein Standpunkt, der kaum von allen Beteiligten als berechtigt anerkannt werden dürfte. Herr Bissell selbst scheint jedenfalls seine Ministerlaufbahn als beendet anzusehen, denn an den Beratungen der Nationalversammlung hat er sich seit der kritischen Kabinettsitzung nicht mehr beteiligt, und soviel man hört, ist er dabei, seine amtliche Hinterlassenschaft für den Nachfolger in Ordnung zu bringen. Auch seine obersten Mitarbeiter rüsten sich zum Abschiednehmen. Das Reichswirtschaftsamt wird so, wie es war, diesen Sommer nicht überleben.  
Man sieht, der Verbrauch von Ministern, über den in der vorrevolutionären Zeit häufig so bewegliche Klage geführt wurde, läßt sich auch im republikanischen Deutschland ganz gut an. Ebenso hat sich auch an der geheimnisvollen Behandlung dieser Vorgänge in hohen Regionen, bis jetzt wenigstens, wenig geändert. Offenbar liegt das doch weniger an dem guten oder schlechten Willen bestimmter Personen, als an den Verhältnissen, an der delikaten Natur der Überlegungen sachlicher wie menschlicher Art, die immer anzustellen sind, wenn über das Weibchen oder Weibchen von Männern Beschluß gefaßt werden soll, die an hervorragender Stelle ihre Arbeit im Dienste des Allgemeinwohl einbringen hatten. Herr Bissell hat, so oft er als Leiter des Reichswirtschaftsamtens in der Nationalversammlung oder in öffentlichen Veranstaltungen seiner Parteigenossen als Redner zu wirken suchte, einen sehr sympathischen Eindruck gemacht, es fehlte ihm weder an Reife des Urteils wie an Wärme der Empfindung, und daß er mit einer fast leidenschaftlich zu nennenden Bestimmtheit im heftigen Meinungskampf dieser Tage für

**Streiks und Unruhen.**  
Der Ausstand im Lugan-Ölsitz-Bwidaner Steinkohlenrevier hat für die tschechische Staatsbahn verhängnisvolle Folgen. Der Güterverkehr ist bereits eingestellt.  
Gegen einen Eisenbahnerstreik in Braunschweig.  
Eine in Braunschweig abgehaltene Eisenbahnerversammlung, die von Beamten und anderen Eisenbahnern zahlreich besucht war, erklärte sich fast einstimmig gegen einen von linksradikalen Werkstättenarbeitern geforderten neuen Eisenbahnerstreik. Falls es doch zu einem solchen in Braunschweig kommen sollte, werden die Angestellten ihren Dienst weiter versehen und mit aller Kraft den Personen- und Güterverkehr fortsetzen.  
Die Lage in Oberschlesien.  
Der Eisenbahnerstreik in Tarnowitz dauert an. Der Güterverkehr hat noch weitere Einschränkungen erfahren. Die Streiklage im tschechischen Bezirk ist unverändert. Dem Direktor der Donnersmardgrube wurde diese Nacht eine Dynamitpatrone vor das Wohnhaus gelegt.

**Der Berliner Verkehrsstreik.**  
Einigungsverhandlungen in Sicht.  
In einer halbamtlichen Erklärung über die Stellung der staatlichen Aufsichtsbehörden zum Berliner Verkehrsstreik heißt es: Es muß von dem gesunden Sinne der Verkehrsangehörigen erwartet werden, daß sie sich baldigst zum Abbruch des Streikes entschließen werden. Sollte dieser Fall in den allernächsten Tagen nicht eintreten, dann müßten sich allerdings die Aufsichtsbehörden, wie dies aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins in der Öffentlichkeit immer dringender gefordert wird, entschließen, auf Grund des § 22 des Kleinbahngesetzes durch eine Anordnung den Verkehrsunternehmungen aufzugeben, ihre Angestellten sofort unter Festsetzung einer bestimmten Frist zur Wiederaufnahme der Arbeiten anzubalten und sich bei Durchführung dieser Anordnung aller derjenigen gesetzlichen Mittel zu bedienen, die ihnen nach dem Verhalten der Arbeitnehmer zur Seite stehen.  
Einigungsverhandlungen unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers.  
Der Vollzugsrat hat sich in einer Memorandum erneut mit der Streikfrage in Berlin beschäftigt und eine Kommission gewählt. Die Kommission begab sich zum Reichsarbeitsminister Schilde, legte ihm in einem einständigen Vortrage die Streikfrage dar und bat, beide Parteien zu neuen Einigungsversuchen zusammenzurufen. Minister Schilde gab seine Zustimmung zu den Vorschlägen. Es sollen nun, falls die Vertreter der beiden Parteien dem Ruf folgen, die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, in denen Minister Schilde selbst den Vorsitz übernehmen dürfte. Auch die Organisationen der Metallarbeiter und Transportarbeiter sollen hierzu Abgeordnete entsenden.  
Ärzte verweigern die Behandlung von Streikenden.  
Die Streikleitung der Berliner Verkehrsinststitute protestiert im Namen sämtlicher Streikenden gegen das Verhalten einiger Ärzte, die Operationen und Behandlungen bei Angehörigen von Streikenden ablehnten, so daß sich die Kranken auf eigene Kosten in private Behandlung begeben mußten.